

01.09.2014

Kleine Anfrage 2634

des Abgeordneten André Kuper CDU

Gesetzliche Krankenversicherung für Beamte – sind überhaupt Kosteneinsparungen möglich?

In der Kleinen Anfrage 2517 des Abgeordneten Marcel Hafke stellte dieser zu Recht fest, dass „mit dem demographischen Wandel [...] absehbar zusätzliche Belastungen auf den Landeshaushalt“ zukämen. Konkret rechnet das Wissenschaftliche Institut der PKV mit um 180 Euro gestiegenen Gesundheitsausgaben pro Jahr und Beamten (vgl. Stellungnahme 16/1702, Sachverständigengespräch der Enquete-Kommission III am 22.05.2014).

Um den steigenden Kosten entgegen zu wirken, wird nach Alternativen gesucht. Verschiedentlich wird angeführt, dass eine Umstellung der privaten Krankenversicherung der Beamten auf die gesetzliche Krankenversicherung den vom Land Nordrhein-Westfalen zu leistenden Beitrag senke.

1. Mit welchen jährlichen Gesamtkosten rechnet die Landesregierung für die Arbeitgeberanteile an der Krankenversicherung, die im Falle einer Umstellung auf die GKV für (Landes-)Beamte zu leisten wären?
2. Wie hoch sind die absehbaren jährlichen Gesamtkosten für die Beihilfe für (Landes-)Beamte bei Beibehaltung des derzeitigen Systems?
3. Mit welchen durchschnittlich anfallenden Kosten pro Versorgungsempfänger rechnet die Landesregierung für das Land Nordrhein-Westfalen, wenn eine Umstellung auf das System der gesetzlichen Krankenversicherung für Beamte durchgeführt werden würde?
4. Wie hoch wäre damit die durchschnittliche Kostendifferenz pro Versorgungsempfänger im Vergleich zur aktuellen Regelung?

André Kuper

Datum des Originals: 27.08.2014/Ausgegeben: 02.09.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de